Rheder Volkszeitung

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt
Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Ämtern des Kreises Borken.
Organ der Zentrumspartei

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 2054. Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolfing. Werth: Th. Parr. Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 231 | Montag, den 20. August | Jahrgang 1928

Zwei Welten bei den Deutschnationalen.

Es ist ja natürlich, daß sich das allgemeine politische Interesse in diesen Wochen in erster Linie den Vorgängen zuwendet, die der Panzerkreuzerbeschluß des Reichskabinetts in der sozialdemokratischen Partei ausgelöst hat. Denn das, was sich dort ereignet hat, eröffnete die Aussicht auf vielfältige Gefahren, nicht nur für die betroffene Partei selbst, sondern auch für die Zukunftsgeltung des parlamentarischen Gedankens. Durch diese Konzentration des Interesses auf die sozialdemokratischen Krisenerscheinungen sind die Auseinandersetzungen in der Deutschnationalen Volkspartei, die bunten Debatten, die Lambachs Kampf gegen Hugenberg hervorgerufen hatte, und die auch jetzt noch andauern, so sehr „eingenebelt" worden, daß man momentan in der breiteren Oeffentlichkeit nur noch wenig Notiz von ihnen nimmt. Man tut daran unrecht. Denn schließlich ist der Kampf, der bei den Deutschnationalen geführt wird, nicht minder bedeutsam für den Krankheitszustand, in dem sich gegenwärtig das deutsche Parteiwesen befindet, als der wilde Ansturm, den sozialdemokratische Massen in diesen Tagen gegen ihre Parteiangehörigen im Reichskabinett vollführten.

Als Lambach mit seinem bekannten Artikel gegen den starren Monarchismus der Deutschnationalen Volkspartei herausgekommen war und als man das erste Echo dieses Artikels vernommen hatte, haben wir die Ansicht vertreten, es ginge nicht so sehr um die Staatsform, als um die innere Gleichberechtigung des deutschnationalen Arbeitnehmerflügels mit den anderen in Führung und Arbeit maßgeblichen Faktoren. Wie richtig diese Auffassung war, hat ja der ganze Verlauf des „Falles Lambach" bewiesen. Auch die Auseinandersetzungen, die in deutschnationalen Blättern jetzt, wo es um Lambachs Person zeitweilig ganz still ist, gepflogen werden, drehen sich ausschließlich um die Frage: Soll die Arbeitnehmerschaft innerhalb der Partei den alten Gewalten, dem Agrariertum und den Industriekapitänen, gleichgesetzt oder soll der bisherige Zustand des absoluten unternehmerlichen Uebergewichts auch in Zukunft bewahrt werden. An dieser Frage scheiden sich deutlich die Geister.

Auf der einen Seite stehen die Arbeitersekretäre und die Vertreter der Angestelltenschaft, die in ruhigen, klaren Worten die „innerlich anerkannte Gleichberechtigung und Mitverantwortung im Geiste eines lebendigen Konservatismus" verlangen, und auf der anderen Seite die bewußten und unbewußten Sachwalter des starren Arbeitgebertums, die den Arbeitern und Angestellten die verlangte Gleichberechtigung und Mitverantwortung verwehren. Die Motive dieser intransigenten Haltung werden bei den einzelnen verschieden sein. Bei den einen ist sie begründet im krassen Unternehmeregoismus, bei den anderen entspringt sie falschen Interpretationen des konservativen Gedankens oder alt eingefressenen gesellschaftlichen Vorurteilen. Ebenso verschieden, wie die Motive, sind naturgemäß auch die Methoden, die im Kampfe gegen den Arbeitnehmeranspruch angewandt werden. Die Abneigung merkt man bei allen. Aber die einen schlagen mit dem Knüppel drein, die anderen versuchen es mit gütlichem, mehr oder weniger freundlichem Zureden. Zu den letzteren gehört auch der deutschnationale Abgeordnete von Freytagh-Loringhoven. Er hatte vor einigen Wochen in einem viel beachteten Artikel nicht eine große, sondern eine starke Rechte verlangt und mit einer deutlichen Spitze gegen die gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmerschaft hinzugefügt, eine Rechte mit großen Wählermassen müßte deren materielle Interessen so weitgehend vertreten, daß sie ihre „nationale Aufgabe nicht mehr erfüllen könnte". Einige Tage später hat dann der Arbeitersekretär Gustav Hülser, ebenfalls deutschnationaler Reichstagsabgeordneter, seinem Fraktionskollegen geantwortet, indem er darauf hinwies, daß heute mehr als die Hälfte des deutschen Volkes aus Arbeitnehmern bestände und daß man das alte politische Kampfziel, die Ueberwindung der Sozialdemokratie, nicht ohne die willige Gefolgschaft weiter Arbeitnehmerschichten erreichen könnte. Die willige Gefolgschaft aber lasse sich nur gewinnen, wenn man auf der Rechten „die Bedeutung und das Wesen der sozialen Frage in ihrer Beziehung zur politischen Machtbildung" klarer als bisher erfasse, wenn man die „Forderung der standesbewußten Arbeiterschaft nach Gleichberechtigung, Einordnung und Mitverantwortung in Volk, Staat und Volkswirtschaft" gelten lasse und wenn man bereit sei, eine „konservative Sozialpolitik" zu treiben, „die aus der Masse heraus einen neuen Mittelstand neben dem alten heraufführt, die geistige und wirtschaftliche Entproletarisierung der Arbeiterschaft planmäßig fördert und die frei gewachsene Standesbewegung der Arbeiterschaft und ihre Führung einordnet in die Neugliederung von Volk und Staat". Hierzu ist man auf dem rechten Flügel der Deutschnationalen Volkspartei aber gar nicht bereit. Auch Herr von Freytagh nicht. Obgleich er der Frage nicht mit den brutalen, tollpatschigen Mitteln seines engeren Parteifreundes Bang zu Leibe geht, sondern, wie schon gesagt, mit listiger Rede. Die Gleichberechtigung der Arbeiterschaft sei eine Selbstverständlichkeit. Die Deutschnationale Volkspartei habe sie in ihrem Programm anerkannt und in ihrer praktischen Politik auch immer betätigt. Die Gleichberechtigung, Einordnung und Mitverantwortung der Arbeiterschaft sei also bereits vorhanden. Wer sie jetzt noch verlange, sähe entweder die Wirklichkeit nicht oder litte an Minderwertigkeitskomplexen, an Bewußtseinsresten einer früher vielleicht einmal existenten Zurücksetzung. Heute ginge es allen Ständen schlecht, trotzdem melde Hülser Sonderforderungen der Arbeiterschaft an. Sonderforderungen? Hülser hatte geschrieben: „Es handelt sich nicht im wesentlichen um Lohnhöhe, Arbeitszeit und Ausmaß der Leistungen unserer Sozialversicherung." Er hatte also das, was man sonst im deutschnationalen Jargon „Sonderforderungen der Arbeiterschaft" nennt, durchaus auf die zweite Stelle verwiesen. Aber er hatte die Einordnung und Anerkennung der „frei gewachsenen Standesbewegung der Arbeiterschaft" verlangt, und das ist in Freytaghs und der anderen Gewerkschaftsfeinde Augen eben auch eine „Sonderforderung".

Es ist immer dasselbe Lied: Was man anderen Ständen gestattet, die freie Sammlung der Kräfte und die gemeinsame Vertretung der wirtschaftlichen Interessen, das will man den Arbeitnehmern nun einmal nicht einräumen. Die Debatte zwischen Freytagh und Hülser ist, ebenso wie die anderen Auseinandersetzungen vorher, ein Beweis dafür, daß der Kampf innerhalb der Deutschnationalen Partei durchaus sozialer Natur ist.

Sturmkatastrophe in Haiti.

200 Tote.

• **Newyork**, 18. Aug. **Associated Preß berichtet aus Port au Prince: Der schwerste tropische Sturm seit 42 Jahren hat Haiti in der vergangenen Nacht heimgesucht, zahlreiche Dörfer zerstört, ungeheure Ernteschäden angerichtet und viele Menschenleben gefordert. Eine Anzahl von Küstenschiffen ist, wie gemeldet wird, gesunken. Die Zahl der Toten wird auf 200 geschätzt, während mehr als zehntausend Menschen obdachlos sind. Der angerichtete Schaden geht in die Millionen. Der größte Schaden wurde in abgelegenen Distrikten und einigen der größeren Orte angerichtet.**

Die Sozialdemokratie lehnt eine Regierungskrise ab.

Ein Tadelsvotum.

× **Berlin**, 18. Aug. Die gemeinsame Sitzung des sozialdemokratischen Parteiausschusses und der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion endete in der achten Abendstunde mit der Annahme folgender Entschließung:

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion und der sozialdemokratische Parteiausschuß treten dem am 15. August gefaßten Beschluß des Partei- und Fraktionsausschusses über die Haltung der der Reichsregierung angehörigen Parteigenossen zu der Inangriffnahme des eigentlichen Baues des Panzerkreuzers A bei. Sie bedauern, daß die sozialdemokratischen Minister dem Beschluß des Kabinetts unter Verzicht auf vorherige Befragung der Fraktion und des Parteiausschusses zugestimmt haben. Fraktion und Parteiausschuß halten die engste Fühlungnahme zwischen ihnen und den der Regierung angehörenden Genossen in allen politischen Fragen für eine unabweisbare Notwendigkeit. Fraktion und Parteiausschuß halten die Beteiligung an der Regierung mit Rücksicht auf das Gesamtinteresse der Arbeiterschaft für außerordentlich wichtig. Sie leiten daher aus der Entscheidung des Kabinetts, die die Ausführung eines vom letzten Reichstag beschlossenen Gesetzes betraf, trotz ihrer grundsätzlich abweichenden Auffassung über den Ersatzbau des Panzerkreuzers nicht die Notwendigkeit ab, unsere Genossen zum Rücktritt aus dem Kabinett aufzufordern. —

Der Beschluß wurde mit Vierfünftel-Mehrheit gefaßt.

*

Aus der Debatte.

× **Berlin**, 18. Aug. Die Verhandlungen waren vertraulich, dennoch ist in Berliner Blättern manches über ihren Gang durchgesickert. Danach wurden die Beratungen eingeleitet durch ein ausführliches Referat des Reichskanzlers Müller-Franken, dem später Reichsinnenminister Severing sekundierte. Der Reichskanzler wies darauf hin, daß nach den Beschlüssen des früheren Reichstages und nach der Entschließung des Reichsrats die Möglichkeit gefehlt habe (?), den Bau des Panzerkreuzers zu verhindern. Eine Ablehnung des Panzerkreuzers durch das Kabinett hätte ohne Zweifel zu einer Regierungskrise geführt, weil die volksparteilichen Minister entsprechend der Stellungnahme ihrer Fraktion sicherlich ihrerseits die Konsequenzen gezogen hätten. Dieselbe Gefahr habe auch bezüglich des Zentrumsministers bestanden. Aus diesen Gründen seien die sozialdemokratischen Minister zu ihrer Stellungnahme gekommen. Nach dem Reichskanzler sprach u. a. Dr. Breitscheid. Mit Rücksicht auf die zahlreichen Wortmeldungen wurde beschlossen, die Redezeit zu verkürzen. In der Debatte ergriffen dann wiederholt die Vertreter der radikaleren Richtung das Wort, um zu betonen, daß sie es mit dem Parteiprogramm nicht für vereinbar halten, daß sozialdemokratische Mitglieder diesem Panzerkreuzerbau zustimmen. Deshalb forderten sie, daß die sozialdemokratischen Mitglieder aus dem Kabinett ausscheiden sollen. Demgegenüber lehnten die gemäßigteren Teile jede Formulierung ab, auf Grund deren den sozialdemokratischen Ministern ein längeres Verbleiben im Kabinett unmöglich gemacht wäre. Aber auch sie wendeten ein, daß durch das taktische Verfahren die Partei einer schweren Belastungsprobe ausgesetzt worden sei. Die sozialdemokratischen Minister hätten Partei und Oeffentlichkeit mit dem Beschluß über den Panzerkreuzer nicht so überraschen dürfen, wie es geschehen sei. Es hätte vor der Beschlußfassung die Fraktion gehört und der Kabinettsbeschluß selbst dann nicht ohne eingehende politische Motivierung bekanntgegeben werden dürfen. Die offiziöse Erklärung, die einige Tage nach der Bewilligung der Baurate ausgegeben worden ist, wurde vielfach als wenig glücklich bezeichnet. Es wurde dann der Vorschlag gemacht, daß die ganze Panzerkreuzer-Angelegenheit bis zum Herbst vertagt werden solle, wo bekanntlich ohnedies eine Konsolidierung des heutigen Kabinetts erfolgen soll. Zu diesem Vorschlag nahm insbesondere Reichstagspräsident Löbe Stellung, der sich gegen ihn ausgesprochen haben soll. Auch die Frage der früheren Einberufung des Reichstags wurde besprochen. Diesen Vorschlag lehnten jedoch ebenfalls verschiedene führende Vertreter der Partei ab.

Das „Berl. Tgbl." behauptet, die Debatte sei „durchaus ruhig" verlaufen. Dagegen sagt die „Voss. Ztg.": „Die Aussprache hat jedenfalls ein Bild gegeben von der tief aufwühlenden Wirkung des Streites um den Panzerkreuzer in der sozialdemokratischen Partei. Vielleicht seit 1914 ist keine Frage der inneren Politik in dieser größten deutschen Partei so leidenschaftlich diskutiert worden wie diese. Und es ist für die gesamte Oeffentlichkeit wichtig das zu wissen." Das Verhalten der Minister habe „eine sehr scharfe, ablehnende Kritik" erfahren. — Auch die „Frkf. Ztg." sagt: „Daß die Stellung der sozialdemokratischen Minister gegenüber ihrer Fraktion und der Partei durch den Ablauf des Panzerschiffes gefestigt worden wäre, kann man allerdings kaum behaupten. Sie haben im Laufe der Debatte, in der namentlich am Nachmittag die politische Bedeutung der Panzerschiffentscheidung sehr gründlich behandelt wurde, allerhand zu hören bekommen, was ihnen zu denken geben wird. Denn es ist nicht so, daß etwa nur die radikalen sächsischen Elemente an dem Verhalten der Minister Anstoß genommen hätten, sondern scharfe Kritik wurde auch von ganz anderer Seite laut. Man verrät kein Geheimnis, wenn man vermerkt, daß zu den Kritikern u. a. Abgeordnete wie Sollmann, Landsberg, Löbe und Schöpflin gehörten, also Abgeordnete, die man weder als radikal noch als Gegner der Großen Koalition bezeichnen kann."

*

Die Entschließung schafft keine Beruhigung.

Von unserer Berliner Redaktion.

△ **Berlin**, 19. August. (Drahtb.)

Eine „kalte Dusche" in Gestalt eines lebhaften Bedauerns ergoß sich über den Reichskanzler Hermann Müller und seine drei sozialdemokratischen Ministerkollegen. Die radikale Minderheit kämpfte zwar energisch für das Ausscheiden der Sozialdemokraten aus der Reichsregierung, die Mehrheit der Reichstagsfraktion und des Parteiausschusses ließ sich jedoch von staatspolitischen Erwägungen leiten. Die Auseinandersetzungen über den Panzerkreuzer sind damit jedoch noch nicht aus der Welt geschafft. Der Gärungsprozeß im Innern der Sozialdemokratischen Partei geht ohne Zweifel weiter, denn es ist nicht anzunehmen, daß die radikalen Elemente, die sich hauptsächlich aus Mitgliedern der alten U. S. P. D. zusammensetzen, nunmehr völlig beruhigt sein werden. In vielen Bezirken des Reiches, besonders in Sachsen, wurde die Entrüstung der sozialdemokratischen Wählermassen zu sehr aufgepeitscht, als daß mit dem Parteibeschluß ohne weiteres wieder der Friede seinen Einzug halten könnte. Aber selbst wenn auch in den radikalen Kreisen die Vernunft über die Demagogie siegen möchte, so könnte sie es nicht, denn die Kommunisten rüsten sich zum Generalangriff auf die Sozialdemokratische Partei. Unter dem Schlagwort „Mobilmachung der Arbeiterklasse zum revolutionären Kampf gegen die Panzerkreuzerregierung" wollen die Kommunisten ihr Zerstörungswerk an der Sozialdemokratischen Partei durchführen. Sie gedenken mit dem Volksentscheidungsgesetz die sozialdemokratischen Mitglieder des Kabinetts wiederum festzulegen, um dann aufs neue zu einem Gewaltstreich gegen die Sozialdemokratische Partei ausholen zu können. Allerdings besteht noch die Möglichkeit, daß der Reichsinnenminister und der Reichsjustizminister, die für die Beurteilung derselben in erster Linie in Frage kommen, die Unzulänglichkeit der kommunistischen Forderung dartun können. Aber auch wenn dieses geschehen sollte, werden die Kommunisten immer wieder aus der Panzerkreuzerangelegenheit einen Strick für die Sozialdemokratie, die doch sicherlich alles andere als rüstungsfreudig ist, zu drehen wissen. Der kommunistische Druck auf die Sozialdemokraten wird sich selbstverständlich auch bei den Verhandlungen auswirken, die im Herbst für das Zustandekommen der Großen Koalition geführt werden sollen. Somit muß man damit rechnen, daß das innerpolitische Barometer, sobald die Parlaments-Ferienzeit vorüber ist, voraussichtlich nicht auf „schönes Wetter" stehen wird.

*

Die Beurteilung der Entschließung.

÷ **Berlin**, 19. Aug. Der Beschluß des Parteiausschusses und der Reichstagsfraktion der S. P. D. zur Panzerkreuzerangelegenheit wird von den Berliner Blättern eingehend besprochen. Der „Vorwärts" sagt, die Partei habe das stärkste Interesse daran, die Tätigkeit ihrer Minister nicht mit einer Handlung schließen zu lassen, die sie selber bedauere und die in den Massen der Parteigenossen lebhaften Widerspruch gefunden habe. Sie wolle ihnen vielmehr auch Gelegenheit zu Taten geben, die sie begrüßen und gutheißen könne und die auch in den Massen des arbeitenden Volkes Zustimmung fänden. Die „Vossische Zeitung" meint, das wertvolle Ergebnis der Auseinandersetzungen in der Sozialdemokratischen Partei sei die Tatsache, daß sie sich nicht mit einer Ablehnung der sächsischen Anträge begnügt habe, sondern den positiven Beschluß gefaßt habe, daß die Beteiligung der Sozialdemokratie an der Regierung im Gesamtinteresse der Arbeiterschaft wichtig sei. Eine zweite Belastungsprobe wie der Panzerkreuzer wäre kaum möglich. Die „Germania" sagt, daß schließlich die vom linken Flügel her betriebene und geforderte Regierungskrise abgelehnt worden sei, bedeute einen Sieg der staatspolitischen Klugheit, der vorher eine Zeitlang in Zweifel zu stehen schien. Die „Deutsche Zeitung" meint, das Echo, das der Beschluß im Lande finden dürfte, werde sicherlich noch unerfreulicher für die sozialdemokratischen Minister und noch erfreulicher für die Kommunisten sein, als der Beschluß selbst. Die „Köln. Ztg." schreibt u. a.: „Man wird der sozialdemokratischen Fraktion die Anerkennung nicht versagen können, daß sie der Staatsnotwendigkeit und der Staatsraison den Vortritt gelassen hat vor dem auf dem linken Flügel besonders stark vertretenen Bedürfnis, den Kabinettsbeschluß agitatorisch zugunsten der Partei auszunutzen. Die Gefahr einer Sprengung des Kabinetts, die gerade in diesem Augenblick im Hinblick auf die bevorstehenden außenpolitischen Verhandlungen in Paris und Genf von besonders schwerwiegenden Folgen begleitet gewesen wäre, ist daher glücklich abgewendet. Man wird der Hoffnung Ausdruck geben können, daß die nunmehr eines bessern belehrte Fraktion davon absehen wird, im Herbst, wenn es gilt, das Kabinett durch die Schaffung einer Koalition zu untermauern, der Versuchung nicht unterliegen wird, aus der Panzerschiffangelegenheit neue Schwierigkeiten abzuleiten." — Der „Hann. Kur." führt in der Besprechung der Entschließung u. a. aus: „Es fällt der ungemein zarte Ton der Entschließung auf, die Superlative und jede künstliche oder echte Empörung geflissentlich vermieden hat. Schon daraus geht hervor, daß gerade der Wortlaut der Entschließung keineswegs das richtige Spiegelbild dessen ist, was in der geheimen Sitzung besprochen wurde; denn es steht fest, daß die Auseinandersetzungen teilweise recht lebhafte Formen angenommen haben. Weiter ist bemerkenswert, daß die Entschließung kein Wort über etwaige Gegenforderungen sagt, daß sie vorsichtig alles vermeidet, was eine Krise im Augenblick herbeizuführen oder zu beschleunigen geeignet wäre. Desto bestimmter aber wird allgemein angenommen, daß gerade in dem, was verschwiegen wird, der Kern der heutigen Verhandlungen liegt, insofern nämlich, als die sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder von der Versammlung ganz bestimmte Aufträge erhalten haben, für deren Verwirklichung sie verpflichtet wurden und die den aufgeregten Massen der Partei gegenüber zu gegebener Zeit als Ausgleich für den nun unvermeidbar gewordenen Bau des Panzerkreuzers A vorgenommen werden soll."

*

Erweiterung der Krisenfürsorge.

× **Berlin**, 19. Aug. Auf der Tagung des sozialdemokratischen Parteiausschusses nahm im Verlauf der Debatte Reichsfinanzminister Dr. Hilferding das Wort um zur geplanten Erweiterung der Kriesenfürsorge die Erklärung abzugeben, daß er und seine sozialdemokratischen Ministerkollegen im Reichskabinett den Antrag stellen werden, die Krisenfürsorge allgemein von 26 Wochen auf 39 Wochen auszudehnen.

*

Die Kommunisten für sofortige Einberufung des Reichstages.

¶ **Berlin**, 19. Aug. Da auf einen Antrag der kommunistischen Reichstagsfraktion, den Reichstag zwecks Beratung der Panzerkreuzerfrage und der kommunistischen Interpellation sofort einzuberufen, bis Sonnabend nachmittag keine Antwort eingegangen war, hat, wie die „Rote Fahne" meldet, im Auftrage der kommunistischen Reichstagsfraktion der Abgeordnete Stoecker erneut ein Schreiben an den Präsidenten Löbe gerichtet, worin nochmals dringend die sofortige Einberufung des Reichstages gefordert wird. Wie die „Rote Fahne" mitteilt, soll der Gesetzentwurf, den dem von den Kommunisten geplanten Volksentscheid über das Panzerschiff A zugrunde gelegt werden soll, folgenden entscheidenden Paragraphen enthalten: „Der Bau von Panzerschiffen und Kreuzern jeder Art ist verboten." Um den verfassungsrechtlichen Schwierigkeiten auszuweichen, denen ein direkt gegen den Bau des Panzerschiffes A gerichtetes Volksbegehren begegnen würde, wollen die Kommunisten offenbar etwas ähnliches wie ein Flottengesetz mit negativem Vorzeichen einreichen. Die Kommunisten täten jedenfalls besser, ihren Antrag in Moskau einzureichen.

Vereitelung eines revolutionären Anschlags in Ecuador.

◈ **Quito**, 19. Aug. Nach einer amtlichen Mitteilung wurde ein revolutionärer Anschlag vereitelt, der darauf abzielte, die Wiederherstel-

lung einer verfassungsmäßigen Regierung in Ecuador zu verhindern. Zahlreiche führende Mitglieder der liberalen Partei wurden hingerichtet. Der Verschwörer José Maria Apera ist in Haft genommen worden. Dem amtlichen Communiqué zufolge sind von den Aufrührern Waffen, Geld und aufreizende Druckschriften an Strafgefangene verteilt worden. Die Ordnung ist aufrecht erhalten.

Stresemanns Pariser Reise.

Persönlich eingeladen.

▲ **Berlin,** 18. Aug. (Privatmeldung). Zur Einladung an Dr. Stresemann zur Unterzeichnung des Kelloggpaktes wird bekannt, daß die Einladung an den Minister persönlich gerichtet ist und daß deshalb im Gegensatz zu Darstellungen in der Presse auch nicht beabsichtigt wird, leitende Beamte des Auswärtigen Amtes mitzusenden. Irgendwelche Verhandlungen mit der französischen Regierung über die allgemeinen politischen Fragen sind nicht vorgesehen; doch wird der Besuch Gelegenheit zu Unterhaltungen über diese Fragen geben.

*

Eine Begrüßung des deutschen Außenministers.

⊠ **Paris,** 18. Aug. Die bevorstehende Reise Dr. Stresemanns nach Paris wird vom „Temps" als eine neue Etappe auf dem Wege der Politik der Entspannung und Verständigung, der Wiederversöhnung und der Annäherung gewürdigt. Das Blatt schreibt: Daß noch nicht zehn Jahre nach dem Kriege und nach Unterzeichnung des Vertrages von Versailles der deutsche Minister der auswärtigen Angelegenheiten offiziell nach Paris kommen kann, um hier einen Pakt zur Aechtung des Krieges zu unterzeichnen, ist ein Zeichen der Zeit, über das man sich nicht täuschen kann. Es bringt zum Ausdruck, daß trotz aller Schwierigkeiten, auf die man noch stößt, trotz aller Probleme, die in ihrer anfänglichen Verwickeltheit noch weiter bestehen, sich in Europa etwas geändert hat. Die seit 1924 eingetretene vollständige Aenderung der politischen Atmosphäre macht heute den offiziellen Besuch des Reichsaußenministers Dr. Stresemann in Paris möglich, nicht zur Regelung der zwischen Frankreich und Deutschland bestehenden Fragen, sondern zum Beitritt zu einem Pakte, der jeden imperialistischen Krieg, jeden Angriffs- und Eroberungskrieg verwirft. Man muß anerkennen, daß es für Dr. Stresemann eines gewissen politischen Mutes bedurft hat, um diesen Entschluß zu fassen, angesichts der lebhaften Kampagne der reaktionären deutschen Presse gegen die Reise des deutschen Ministers nach Paris, so lange das Rheinland von den alliierten Truppen besetzt bleibt. Aber hierin, sowie in der Politik von Locarno und Genf läßt sich Dr. Stresemann, wie man glauben darf, nur von deutschen Interessen leiten, dem er mit bemerkenswertem Verständnis für die Umstände des Augenblicks dient. Deutschland ist der Hauptnutznießer (?) der Politik der Entspannung und Verständigung der letzten Jahre gewesen, und es verdankt Dr. Stresemann die Vorteile, die es ihm ermöglicht haben, an seiner wirtschaftlichen Gesundung und an seinem Wiedereintritt in die internationale Politik zu arbeiten. Wir täuschen uns nicht über die deutschen Gedankengänge, die die neue Politik, so wie man sie in Berlin auffaßt, beherrschen, aber das ändert nichts daran, daß die Aussichten für die Aufrechterhaltung des Friedens durch diese Politik erhöht werden.

Das Programm der Veranstaltungen bei der Unterzeichnung des Kelloggpaktes.

Paris, 18. Aug. Die Agentur Havas gibt das Programm der anläßlich der Unterzeichnung des Kriegsächtungspaktes vorgesehenen Veranstaltungen, das allerdings erst von dem am 23. August stattfindenden französischen Ministerrat endgültig festgesetzt werden wird, bekannt: Danach wird am Vorabend der Unterzeichnung, also am 26. August, der amerikanische Staatssekretär Kellogg den Bevollmächtigten ein Diner geben. Nach der Unterzeichnung des Paktes, die am Nachmittag des 27. August stattfindet, wird am Quai d'Orsay ein Diner mit anschließendem diplomatischen Empfang stattfinden. Tags darauf wird der Präsident der Republik die Bevollmächtigten im Schloß von Ramvouillet empfangen. Am gleichen Tage wird die Stadt Paris im Rathaus einen Empfang veranstalten. Alle zur Unterzeichnung eingeladenen Mächte haben diese Einladung angenommen und die Namen ihrer Bevollmächtigten mitgeteilt, mit Ausnahme von Italien und Polen, deren Antworten noch nicht eingetroffen sind.

Regelung eines deutsch-portugiesischen Streitfalles.

☩ **Berlin,** 18. Aug. Am 31. Juli d. J. hat ein Schiedsgericht unter dem Vorsitz des schweizerischen Nationalrats de Meuron einen Schiedsspruch über die Ansprüche gefällt, die Portugal auf Grund des § 4 der Anlage zu Artikel 298 des Versailler Vertrages gegen Deutschland aus Anlaß von Vorgängen im Grenzgebiet der ehemaligen deutschen und der portugiesischen Kolonien erhoben hat. Der Schiedsrichter stellt sich auf den Standpunkt, daß Deutschland verpflichtet ist, der portugiesischen Regierung gewisse unmittelbare Schäden zu erstatten, und daß Portugal ferner „in sehr beschränktem Maße" Anspruch auf Ersatz eines Teiles seiner indirekten Schäden hat. Dagegen sind die portugiesischen Klagen über angebliche deutsche Machenschaften vor Beginn des Weltkrieges zur Aneignung der portugiesischen Kolonien überhaupt nicht erwähnt. Die These einer deutschen Propagandatätigkeit unter den Eingeborenen gegen die portugiesische Regierung wird zurückgewiesen. Es wird nunmehr die Höhe der in Frage kommenden Ansprüche durch das Schiedsgericht festgestellt werden.

Die Verhaftung Warneckes.

Amsterdam, 18. Aug. Zu der Meldung, daß der in eine Fememordsache verwickelte deutsche Leutnant a. D. Friedrich Warnecke bei seiner Rückkehr nach Deutschland auf einem holländischen Dampfer verhaftet worden sei und in Rotterdam so lange in Haft bleiben solle, bis das Reichsjustizministerium eine endgültige Entscheidung gefällt haben würde, ob der Straferlaß auf ihn Anwendung findet, erfährt der Amsterdamer Vertreter des WTB. von zuständiger Stelle, daß es sich hierbei um einen bereits weit zurückliegenden Fall handle. Leutnant Warnecke war bereits im April d. Js., als er auf einem holländischen Schiff aus Guatemala in Amsterdam eintraf, auf Ersuchen des Auswärtigen Amts in Berlin von der Amsterdamer Polizei verhaftet und vorläufig in Gewahrsam genommen worden. Im Mai ließ jedoch das niederländische Justizministerium dem Auswärtigen Amt in Berlin die Mitteilung zugehen, daß der gestellte Auslieferungsantrag von der niederländischen Regierung abgelehnt werden müsse. Leutnant Warnecke wurde daraufhin, etwa sechs Wochen nach seiner Verhaftung, wieder freigelassen und ist inzwischen nach Guatemala zurückgekehrt.

Polen für Königsberg.

Warschau, 18. Aug. Gestern nachmittag empfing Pilsudski im Belvedere den Minister des Aeußern Zaleski, den Unterstaatssekretär Wysocki, den Leiter der Ostabteilung Halowko und den Leiter eines der litauisch-polnischen Gemischten Ausschüsse, den Ministerialrat Szumlakowski. Pilsudski wurde die polnische Antwort auf Woldemaras' am 16. August eingegangene Note vorgelegt. Noch abends reiste Szumlakowski über Riga nach Kowno ab, wo er morgen die Antwort übergeben wird. Gleichzeitig wird alsdann die Note veröffentlicht werden. Wie die Blätter melden, erklärt sich die polnische Regierung bereit, zur Abhaltung der Konferenz in Königsberg, jedoch müßte in diesem Fall infolge der Reise Zaleskis nach Paris die Leitung der polnischen Abordnung Holowko übernehmen.

Der Konflikt in der Mandschurei.

Mongolen besetzen chinesische Bahnen.

Peking, 18. Aug. Mongolische Kavalleriebanden haben den internationalen Expreßzug der chinesischen Ostbahn zwischen Mandschuli und Hailar aufgehalten. Die chinesische Ostbahn wurde von ihnen an verschiedenen Stellen besetzt und die Geleise aufgerissen. Die Passagiere sind ungefährdet. Der Expreßzug, der am 16. Aug. von Charbin abgehen sollte, wurde daraufhin zurückgehalten. Russische Ingenieure und chinesische Truppen sind zur Wiederherstellung und zum Schutz der Linie von Charbin abgesandt worden.

Ueber die Ursache und die Hintergründe dieser Aktion laufen bisher widersprechende Gerüchte um, aus denen man sich noch kein rechtes Bild machen kann. Es soll sich danach um einen Vorstoß der Mongolen auf das Bargaland handeln, das im Ostzipfel der äußeren Mongolei liegt und ethnographisch zur Mongolei zu rechnen ist. Allerdings ist die Grenze zwischen Mandschurei und Mongolei noch niemals festgelegt worden, was bei dem weiten Weideland und den nomadisierenden mongolischen Stämmen auch schwierig wäre. Unter dem Fürsten Ciusu hat sich dieses Land, das politisch niemals weder zur Mandschurei noch Mongolei gehörig betrachtet wurde, von China unabhängig erklärt. Die Regierung der äußeren Mongolei, die bekanntlich eine Sowjetrepublik ist, soll nun ein Ultimatum an Barga gesandt haben, in dem sie den Wiederzusammenschluß mit der Mongolei forderte. Die Bargaleute, die ihren Rückhalt in Mukden haben, haben dieses Ultimatum abgelehnt. Daraufhin haben starke Abteilungen roter mongolischer Kavallerie die Grenze überschritten und die ostchinesische Bahn besetzt.

Der Konflikt ist zunächst von rein lokaler Bedeutung. Gefährlich wird er nur, wenn die Mächte mit herangezogen werden. Rußland ist der Protektor der mongolischen Sowjetrepublik. Japan wiederum hat große Interessen entlang der chinesischen Ostbahn. Bei der Ungeklärtheit der Lage in der Mandschurei kann dieser Zwischenfall größere politische Bedeutung gewinnen.

*

Abschluß eines Zollvertrages zwischen Deutschland und China.

● **Berlin,** 18. August. Der deutsche Gesandte für China Dr. v. Borch, und der Außenminister in der nationalistischen Regierung in China, Dr. C. T. Wang, haben am 17. d. M. im Namen ihrer Regierungen einen Vertrag unterzeichnet, durch den sich beide Länder völlige Gleichstellung in Zoll- und verwandten Angelegenheiten zusichern und verpflichten, sobald als möglich in Verhandlungen über den Abschluß eines endgültigen Handelsvertrages auf der gleichen Grundlage einzutreten. Der unterzeichnete Vertrag ist eine Ergänzung zum deutschchinesischen vom 20. Mai 1921; sein Text wird am Montag, dem 20. August veröffentlicht werden.

Der Abschluß des Abkommens geht auf die Reise unseres Gesandten zurück, der in der vorigen Woche nach Nanking gefahren ist. Das Abkommen ist auf denselben Grundsätzen aufgebaut, die wir in unseren Beziehungen zu China immer verfolgt haben. Da China nicht dem Versailler Vertrag beigetreten ist, hatten Deutschland und China die Möglichkeit, ihre Beziehungen so zu regeln, wie es dem Interesse der beiden Länder am besten entsprach, auf der Grundlage der Gleichberechtigung. Darauf beruht auch der jetzige Vertrag. Er ist teilweise dem amerikanisch-chinesischen Vertrag nachgebildet, durch den die früheren Verträge annulliert wurden und Amerika die Tarifautonomie Chinas anerkennt. Dieser Grundsatz ist schon in unserem Vertrag von 1921 anerkannt worden. In dem neuen Vertrag handelt es sich hauptsächlich um die Ausfüllung von Listen. Dabei ist die Gleichstellung Deutschlands mit jedem anderen Lande festgelegt.

Verhaftung eines bulgarischen Kommunistenführers in Wien.

◇ **Wien,** 18. Aug. Nach Mitteilung der Polizeikorrespondenz Wilhelm wurde hier am 6 Juli ein sich unter falschem Namen aufhaltender Ausländer als verdächtig angehalten, der nach verschiedenen Verhören auf der Polizei schließlich gestand, mit dem Mitglied des Zentralkomitees der kommunistischen Jugendorganisation in Bulgarien, Peter Istroff, identisch zu sein. Bei Durchsuchung seiner Wiener Wohnung wurden sechs Koffer und eine Kassette mit kommunistischen Druckschriften in deutscher, russischer und bulgarischer Sprache sowie zahlreiche Schriftstücke vorgefunden, unter denen sich eine Anweisung zur Organisierung eines bewaffneten kommunistischen Aufstandes in Bulgarien befand. Während der Untersuchung wurde auch die Herstellung einer kommunistischen Zeitschrift, „Die Rote Fahne", in bulgarischer Sprache in einer Wiener Druckerei aufgedeckt, in deren letzten Nummern ein Teil der vorerwähnten Anweisung zur Organisierung eines Aufstandes in Bulgarien abgedruckt erscheint. Istroff ist wegen Betruges, begangen durch Fälschung einer öffentlichen Urkunde, der Staatsanwaltschaft angezeigt und in das Gefängnis des Landgerichtes Wien 1 eingeliefert worden. Die Untersuchung zur Feststellung weiterer Personen, die mit Istroff in dieser Angelegenheit in Verbindung standen, wird fortgesetzt.

Wahlen in Albanien und Griechenland.

Ein Erfolg der albanischen Regierung.

▲ **Tirana,** 18. Aug. Die Wahlen zur gesetzgebenden Versammlung, die am 16. August stattfanden, sind in ganz Albanien ruhig verlaufen. Die Liste der Regierungskandidaten hat, wie das albanische Pressebüro meldet, überall die Oberhand behalten.

Auch Venizelos läßt wählen.

┼ **Athen,** 18. Aug. Die Vorbereitungen zu den morgen in Griechenland stattfindenden Parlamentswahlen haben sich bisher in großer Ruhe vollzogen. Im Wahlkampf, von dessen Ausgang die Entscheidung über die Staatsform abhängt, stehen sich im wesentlichen die Venizelisten und die Volkspartei, in der die Kräfte der monarchistischen Opposition zusammengeschlossen sind, gegenüber. Während Mazedonien und die Inseln venizelistisch gesinnt sind, dürfte die Volkspartei in Alt-Griechenland eine Mehrheit erlangen. In Regierungskreisen wird die Erwartung ausgesprochen, daß die der gegenwärtigen Regierung günstigen Kandidaten 160 von den 250 zu vergebenden Sitzen erhalten werden.

Pangalos schießt auf die Menge.

◇ **Paris,** 19. Aug. Havas berichtet aus Athen, daß nach einer Rede von Venizelos ein Teil der Zuhörer in geschlossenem Zuge vor das Gebäude des Klubs der Pangalosanhänger gezogen sei. General Pangalos und zwei seiner Freunde hätten Schüsse auf die Menge abgegeben, durch die fünf Personen, darunter eine schwer, verletzt worden seien.

Lord Haldane †.

● **London,** 19. Aug. Lord Haldane, der seit einigen Wochen erkrankt war, ist heute im Alter von 72 Jahren gestorben. Lord Haldane hat zahlreiche hohe Regierungsämter während der Regierung der Liberalen in Großbritannien bekleidet.

* * *

Haldane war Deutschfreund, soweit das ein Engländer eben sein kann, und hat in den deutsch-englischen Beziehungen noch kurz vor dem Kriege eine große Rolle gespielt. Er hatte in Göttingen studiert und bewährte das Interesse für deutsches Leben im allgemeinen und deutsche Philosophie und Erziehungsmethoden im speziellen auch später als Uebersetzer Schopenhauers und Verfasser philosophischer Studien. Durch unermüdliches Interesse an der Entwicklung der englischen Universitäten und Schulen dokumentierte er die Nachwirkung seiner Lehrjahre. Er übernahm im liberalen Ministerium 1905 zur allgemeinen Ueberraschung das Kriegsministerium und widmete sich für sieben Jahre ausschließlich der Durchführung dringend gewordener Reformen im englischen Heerwesen. Unterstützt von militärischen Ratgebern, legte er die Grundlagen für einen systematischen Ausbau der englischen Landkräfte, schuf einen Generalstab, reorganisierte das stehende Heer gründlich und organisierte schließlich als eine Freiwilligentruppe zweiter Linie die sogenannte Territorialarmee. Völlig absorbiert von diesen Fragen, fand er wenig Zeit und Gelegenheit zur Teilnahme an den eigentlichen politischen Kämpfen jener Zeit, und eine entschiedene Stellungnahme seinerseits ist nur hinsichtlich der deutsch-englischen Beziehungen bekannt geworden. Als Kenner Deutschlands erschien er als der rechte Mann zu einer Mission nach Berlin, unmittelbar nach Erledigung der Agadiraffäre. Diese Sendung hatte nicht den erhofften Erfolg. Bei den Besprechungen, die er im Februar 1912 mit dem Kaiser, Bethmann Hollweg und Tirpitz hatte, erklärte er: „England würde gezwungen sein, zwei Schiffe für jedes neue deutsche Schiff zu bauen." Bald darauf, Anfang 1912, gab er den Posten im Kriegsministerium zu Gunsten des hohen Amts des Lord-Kanzlers von England auf. Die unterbrochenen Besprechungen wegen Afrikas und der Bagdadbahn in Berlin ließ Sir Edward Grey durch die Botschafter wieder aufnehmen, und gerade kurz vor dem Kriege war man über einen ausführlichen Vertragsentwurf einig geworden. Im Mai 1915 trat Haldane als Lordkanzler zurück und lebte fortan als Privatmann in seiner schottischen Heimat. In seinen Erinnerungen, die er im Oktober 1919 in der „Westminster Gazette" erschienen ließ, sagte er von dem Deutschland nach dem Krieg: „Deutschland ist noch nicht tot. In Deutschland, übrigens auf der ganzen Welt, gibt es zurzeit nur wenige wirkliche Persönlichkeiten. Aber Deutschland steht noch immer wissenschaftlich und industriell auf einer sehr hohen Stufe. Die große Gabe, wissenschaftliche Empfindungen für praktische Zwecke zu verwenden, war vor dem Kriege im deutschen Volke vorhanden und ist auch jetzt noch zu finden. Deshalb werden wir sehr bald von Deutschland hören, wenn auch sein Wirkungskreis nicht mehr militärischen Zielen zugewendet ist." Zur allgemeinen Ueberraschung trat Lord Haldane im Jahre 1924 wieder politisch hervor, indem er in dem Kabinett Ramsay Macdonald abermals das Amt des Lord-Kanzlers von England übernahm. Mit diesem Kabinett trat er im Oktober 1924 wieder zurück.

Blutige Kämpfe in Italienisch-Lybien

┼ **Benghasi,** 18. Aug. (Agencia Stefani.) Ein Panzerzug griff auf dem Djebel eine Gruppe von Rebellen an, die eine große Karawane bildeten. Nach kurzem Gefecht wurde die Karawane vernichtet. Die Rebellen hatten elf Tote und verloren 370 Kamele. Ein Unteroffizier und zwei italienische Soldaten wurden leicht verletzt. Eine andere starke Abteilung von Rebellen wurde von einer italienischen Kolonne zwischen Sira und Maraura im Walde von Bir Gandula auseinandergetrieben. Die Rebellen ließen vierzig Tote, dreißig tote Kamele und vier Pferde zurück. Zahlreiches Kriegsmaterial wurde erbeutet. Die italienischen Truppen hatten elf Tote unter den Farbigen; vierundzwanzig Mann wurden verwundet. Eine andere Kolonne kam bei Gabr-El-Dahar in ein Gefecht mit Rebellen, die gleichfalls zerstreut wurden, nachdem sie elf Tote auf dem Kampfplatz zurückgelassen hatten. Die italienischen Truppen verloren einen Toten und einen Verwundeten.

Eisenbahnunfälle.

14 Leichtverletzte in Radolfszell.

Karlsruhe, 18. Aug. Wie eine bahnamtliche Mitteilung besagt, fuhr heute nachmittag kurz vor 1 Uhr im Bahnhof Radolfszell eine aus dem Maschinenhaus ausfahrende Lokomotive auf den auf Gleis 6 stehenden Personenzug 1643 Konstanz—Basel von hinten auf. 14 Reisende wurden leicht verletzt; davon konnten 12 nach Anlegung von Notverbänden weiter reisen. Zwei Reisende erlitten einen Nervenschock und wurden ins Krankenhaus gebracht. Der Sachschaden ist sehr gering. Nur ein Eilgutwagen entgleiste mit einer Achse. Eine Untersuchung ist im Gange. Der durchgehende Verkehr ist nicht gestört.

Mißglückter Eisenbahnanschlag.

:: **Freiburg,** 18. Aug. Auf der Eisenbahnlinie Lörrach-Leopoldshöhe wurde ein Anschlag versucht, indem in der Nähe des nach Weil führenden Tunnels sämtliche Schrauben an den Laschen gelöst und mehrere Laschen entfernt waren. Auch im Tunnel selbst waren von einigen Laschen die Schrauben entfernt. Es war aber nicht gelungen, die Laschen herauszunehmen. Ueber die beschädigte Strecke waren schon mehrere Züge gefahren, ehe der Handstreich entdeckt wurde. Durch einen Zufall war es gelungen, ein vielleicht schweres Unglück zu verhüten, da die Strecke sehr lebhaft befahren wird. Die Reichsbahndirektion Karlsruhe hat eine Belohnung für die Ergreifung der Täter ausgesetzt.

In Frankreich.

× **Paris,** 19. Aug Im Bahnhof von Chalindrey fuhr am Sonnabend abend der Schnellzug Nancy—Dijon auf eine Rangiermaschine auf. Die beiden Lokomotiven wurden schwer beschädigt. Durch herabfallendes Gepäck und Glassplitter erlitten 17 Reisende leichte Verletzungen. Wie weiter gemeldet wird, entgleisten auf dem Bahnhof in Hortes die sieben Schlußwagen eines Güterzuges und wurden zertrümmert.

15 Verletzte in Mailand.

Rom, 18. Aug. Im Mailänder Nordbahnhof ereignete sich ein Unfall, bei dem 15 Reisende verletzt wurden, darunter mehrere schwer. Durch die Unachtsamkeit eines Weichenstellers wurde der aus Asso kommende überfüllte Personenzug auf ein totes Geleise gelegt. Der Lokomotivführer versuchte zu bremsen, konnte aber nicht verhindern, daß der Zug auf mehrere Wagen auffuhr. Der Sachschaden ist sehr erheblich. Der Weichensteller wurde verhaftet.

Von Nah und Fern.

Schweres Automobilunglück.

◇ **Köln,** 19. Aug. Am Sonntag abend gegen ½10 Uhr stieß unterhalb der Kölner Südbrücke ein mit 36 Ausflüglern besetzter Lastkraftwagen mit einem Straßenbahnzug zusammen. Die Plattform des Straßenbahnwagens wurde vollständig eingedrückt, der Straßenbahnführer schwer verletzt. Der Lastkraftwagen kippte um und wurde völlig zertrümmert. Von den Insassen waren zwei sofort tot, 20 sollen schwer verletzt sein, die übrigen kamen mit leichteren Verletzungen davon. Das Unglück ereignete sich dadurch, daß der Führer des Lastkraftwagens durch ein entgegenkommendes Auto zu sehr geblendet wurde und dadurch mit seinem Wagen auf den Straßenbahnzug auffuhr.

Selbstmord eines Defraudanten.

❣ **Leipzig,** 19. Aug. Nach Unterschlagung von 4000 Mark war Ende voriger Woche der 21 Jahre alte Buchhalter Lenhardt verschwunden, der bei einer Schuhwarenfabrik in Lichtenberg angestellt war. In den Morgenstunden des Sonntags wurden auf den Eisenbahnschienen in der Nähe der Station Bendrich auf der Strecke Halle-Leipzig die Leichen eines jungen Mannes und eines Mädchens gefunden. An der Hand eines Briefumschlages, den der Tote bei sich trug, erkannte man in ihm den vermißten Lenhardt. Offenbar hat er seine Braut, eine Kontoristin aus Leipzig, aufgesucht und sich mit ihr zusammen von einem Zug überfahren lassen.

Ein Flugzeugabsturz.

┼ **Merane,** 19. Aug. Bei der am Sonntag hier abgehaltenen Flugveranstaltung versuchte das Flugzeug D 416, ein Markeindecker mit dem Piloten Rohde am Steuer, in einer Höhe von 150 Meter eine scharfe Linkskurve zu nehmen. Hierbei hat dann zweifellos Rohde die Herrschaft über das Flugzeug verloren, es stürzte ab. Rohde wurde verletzt, das Flugzeug ging in Trümmer.

Zwei Todesopfer eines Wirtshausstreits.

┼ **München,** 19. Aug. Gestern abend entstand in einer Wirtschaft an der Frauenstraße ein Streit, in dessen Verlauf ein 35 Jahre alter Schlosser den 54 Jahre alten Schmied Josef Stroppel und den verheirateten 47jährigen Schreiner Georg Grimm durch Messerstiche schwer verletzte. Bei Grimm trat der Tod alsbald am Tatorte ein. Stroppel starb nach seiner Einlieferung in einer Klinik. Der Täter wurde verhaftet.

Der Politiker Nis Nissen vermißt.

⊠ **Flensburg,** 18. Aug. Einer der bekanntesten dänisch-nordschleswigschen Politiker Nis Nissen, ehemals Abgeordneter für Sonderburg-Appenrade im preußischen Landtag und später Weggenosse H. P. Hanssens, wird seit einigen Tagen vermißt. Nissen hat seinen Wohnsitz auf der Alsener Süderharde verlassen, angeblich um eine Reise anzutreten, jedoch ohne viel Gepäck mitzunehmen und ohne ein Reiseziel anzugeben und ist seither verschwunden.

Vier Tote beim Absturz eines Förderkorbes.

◇ **Paris,** 19. Aug. Nach einer Meldung des „Exelsior" aus Beirut ist in einem der Schächte der Alpinen Montan-Gesellschaft durch Unachtsamkeit eines Arbeiters ein mit 6 Arbeitern besetzter Förderkorb 50 Meter tief abgestürzt. Vier Bergleute kamen ums Leben, zwei sind schwer verletzt worden

Schiffsunglück an der chilenischen Küste.

× **London,** 19. Aug. Wie aus Santiago de Chile berichtet wird, ist der kleine Dampfer „Miraflores" während eines Sturmes in der Mündung des Flusses Maullin gesunken. Vier Personen sind, wie bereits sicher feststeht, ertrunken, drei andere werden noch vermißt; doch glaubt man, daß auch sie ertrunken sind. Der Dampfer hatte sechs Reisende an Bord und eine Besatzung von 11 Mann, von der alle bis auf einen gerettet wurden.

Banditen überfallen einen kanadischen Postwagen.

❣ **Parry Sound** (Ontario), 18. Aug. Drei Banditen überfielen einen Postwagen der Canadian Pacific und entkamen mit einer Beute von unbekanntem Wert. Bei ihrer Verfolgung durch die Polizei wurde ein Unbeteiligter erschossen, zwei Polizisten wurden verwundet. Einer der Banditen, der gefangen genommen wurde, hatte 1700 Dollar bei sich.